

**Bezugspreis:**  
Für den Monat Oktober 250.— M.  
Voraus zahlbar. Unter Kreuzband für  
Deutschland, Danzig, Saar- und  
Rheinland sowie Österreich und  
Luzern 300.— M. für das übrige  
Ausland 350.— M. Postzuslagen  
nehmen an Belgien, Dänemark, Eng-  
land, Irland, Island, Frankreich,  
Holland, Portugal, Rumänien, Öster-  
reich, Schweden, Schweiz, Tschecho-  
slowakei und Ungarn.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-  
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-  
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der  
Beilage „Erziehung und Kienarbeit“  
erscheint wöchentlich einmal, Sonntags  
und Montage einmal.  
**Telegraphische Adressen:**  
„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

**Anzeigenpreis:**  
Die einspaltige Anzeigenzeile  
kostet 60.— M. Reklamazeile 200.— M.  
„Kleinanzeigen“ das gedruckte  
Wort 14.— M. (zählend zwei gette-  
druckte Worte), jedes weitere Wort  
12.— M. Stellengänge und Schla-  
fplatzanzeigen das erste Wort 8.— M.,  
jedes weitere Wort 6.— M. Worte  
über 15 Buchstaben zählen für zwei  
Worte. Familien-Anzeigen für Abon-  
nenten Preis 20.— M.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im  
Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Linden-  
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt  
von 3 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-295  
und 2506-2507  
Montag, den 16. Oktober 1922  
Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Fernsprecher: Verlag, Hauptredaktion u. Inseraten-  
Abteilung: Dönhoff 2506-2507

## Die Wahl des Reichspräsidenten.

Die heutige Besprechung der Parteivertreter beim Reichskanzler über die Frage der Reichspräsidentenwahl ist nach kurzer Dauer ohne Ergebnis abgebrochen worden. Sie soll am Mittwoch vormittag fortgesetzt werden, nachdem die Fraktionen Gelegenheit gehabt haben werden, ihren Vertretern genauere Instruktionen zu erteilen.  
In der Konferenz, an der u. a. die Abgg. Marg und Petersen und die Genossen Hermann Müller und Dittmann teilnahmen, legte Abg. Stresemann abermals die Bedenken der Volkspartei gegen die Vornahme der Wahl am 3. Dezember ausführlich dar und erzielte damit auf die Vertreter des Zentrums und der Demokraten sichtbaren Eindruck. Von sozialdemokratischer Seite wurde jedoch gegen den Gedanken, das Präsidialrats-Provisorium bis zu einem unbestimmten Termin zu verlängern, entschiedener Widerstand geleistet.  
Es ergibt sich somit die seltsame Situation, daß Sozialdemokraten und — Deutschnationale für die Vornahme der Wahl am 3. Dezember sind, während Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei Neigung zeigen, für die Verschiebung zu stimmen. Da die Verschiebung nur durch verfassungänderndes Gesetz möglich ist, das Zweidrittelmehrheit zur Annahme erfordert, sind die Sozialdemokraten auch allein imstande, sie parlamentarisch zu verhindern.  
Im Laufe der heutigen Debatte ist nun die Idee aufgetaucht, die strittige Angelegenheit so zu ordnen, daß dem am 11. Februar 1919 von der Nationalversammlung gewählten Reichspräsidenten eine siebenjährige Amtszeit, wie sie in der Verfassung für jeden Reichspräsidenten vorgesehen ist, zuerkannt wird, so daß die erste Volkswahl des Reichspräsidenten erst im Januar oder Februar 1926 erfolgen würde. Bis dahin wäre also dann Ebert definitiv Reichspräsident. Aber auch diese Lösung ist nicht ohne verfassungsändernden Zweidrittelmehrheitsbeschluß des Reichstags denkbar, der in diesem Fall eine große Vertrauensstundgebung der Volkspartei für den gegenwärtigen Reichspräsidenten bedeuten würde.  
Zwischen diesen beiden Lösungen — Volkswahl am 3. Dezember oder Bestätigung Eberts als definitiven Reichspräsidenten mit siebenjähriger Amtsdauer durch den Reichstag — gibt es keinen Mittelweg. Welche von beiden gewählt wird, wird von den Beschlüssen der Fraktionen abhängen, die im Laufe des morgigen Tages gefaßt werden.

Eine weitere Mitteilung besagt:  
Heute vormittag fanden in der Reichskanzlei Besprechungen zwischen den Führern der Koalitionsparteien und der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei statt. An der Besprechung nahmen teil: Die Genossen Hermann Müller, Dittmann, Reichspräsident Ebert, die Minister Köster und Bauer. Von der Deutschen Volkspartei waren anwesend die Herren Stresemann, Kaumer und Kemptes. Vom Zentrum nahmen an den Beratungen teil die Abgeordneten Spahn, Mart, Guérard und Becker-Arnberg. Die Demokraten Marg, Guérard und Becker-Arnberg. Die Demokraten Bayerische Volkspartei war Abgeordneter Reich erschienen.  
Der Vertreter der Deutschen Volkspartei, Abg. Stresemann, macht in längeren Ausführungen die Bedenken geltend, die seine Partei gegen die Vornahme der Präsidentenwahl zu dem in Aussicht genommenen Termin hat. Die Vertreter der übrigen bürgerlichen Parteien schlossen sich diesen Bedenken an, die zurückzustellen sie sich nur bereiterklären können, wenn die Verschiebung der Wahl aus verfassungsmäßigen Gründen unmöglich scheint. Der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei lehnte eine Verschiebung der Wahl und Aufrechterhaltung der provisorischen Stellung des Reichspräsidenten ab. Die Sozialdemokratie ist nach wie vor für die Vornahme der Wahl am 3. Dezember. Nur ein verfassungsänderndes Gesetz, das die provisorische Stellung des Reichspräsidenten in ein Definitivum umwandelt, könne die Lage ändern. Ob die Sozialdemokratische Fraktion dem allerdings zustimmen würde, sei dahingestellt.  
Der Reichskanzler erklärte zusammenfassend, daß eine neue Situation infolgedessen eingetreten sei, als alle bürgerlichen Parteien den Versuch machten, die Wahl in kurzer Zeit zu vermeiden. Durch den Vorschlag der Sozialdemokratie sei der der Volkspartei hinfällig geworden. Die Parteien erklärten, sie würden über die Lösung der Situation durch ein verfassungänderndes Gesetz mit ihren Fraktionen Rücksprache nehmen.

## Die Krisis in England.

Von Rudolf Breitscheid.  
London, 12. Oktober.  
Der Hauptzweck meiner Reise nach England war, an Ort und Stelle einen Einblick in die Stimmung des englischen Volkes gegenüber dem deutschen Volk zu gewinnen. Aber ich glaube nicht, daß sich diese Absicht in dem wünschenswerten Ausmaß verwirklichen läßt. Man hat hier zurzeit andere Sorgen, und das Interesse an Deutschland und seinem Geschick, das übrigens nie besonders lebhaft war, ist in diesen Tagen vollständig in den Hintergrund getreten.  
Was die Gemüter jetzt so gut wie ausschließlich beschäftigt, ist die innerpolitische Situation. Werden Neuwahlen noch vor dem Zusammentritt des Parlaments im November oder unmittelbar nachher stattfinden? Wird die liberal-konservative Koalition auf dem für den 15. November angelegten konservativen Parteikongreß oder möglicherweise schon vorher zusammenbrechen? Wird Lloyd George schon vor der Auflösung des Unterhauses zurücktreten und ein konservatives Kabinett die Wahlen machen lassen? Wohin wird er sich wenden, wenn das gegenwärtige Regierungssystem aufgehört hat zu existieren? Das sind die Fragen, die in allen politischen Kreisen eifrig und leidenschaftlich diskutiert werden.  
Den unmittelbaren Anstoß zu dieser Krisis haben die Verwicklungen im näheren Osten gegeben. Es bestanden im Kabinett zweifellos Meinungsverschiedenheiten über das den Türken gegenüber einzuschlagende Verfahren. Es war eine Partei vorhanden, die die rücksichtslosesten Maßregeln vorschlug, und eine andere, die alle Mittel der Verhandlung erschöpfen wollte, um einen Krieg zu vermeiden. Das Land geriet in eine Aufregung, die durch den alarmierenden Appell des Premierministers an die Kolonien und die Erkenntnis des scharfen Gegensatzes, in den man zu Frankreich geraten war, erhöht wurde. Der konservative Führer Bonar Law schrieb einen außerordentlich bedeutsamen Brief an die „Times“, in dem er Poincaré vor dem völligen Bruch mit England warnte; die Gewerkschaftsführer hatten eine Unterredung mit Lloyd George (der genaue Bericht ist soeben vom Generalrat der Gewerkschaften veröffentlicht worden), in deren Verlauf sie auseinandersetzen, daß die arbeitende Bevölkerung keinen bewaffneten Konflikt wolle, und allenfalls werden das Verhalten der Regierung Gegenstand lebhaftester Auseinandersetzungen.  
Aber Kleinasien, die Meerengen, Konstantinopel und Thrazien allein erklären die gegenwärtige Unruhe nicht. Durch das Abkommen von Mudania ist über den näheren Osten ein vorläufiges Einvernehmen unter den Beteiligten hergestellt, und die innerpolitische Krisis ist nicht nur nicht beendet, sondern gerade erst in diesem Augenblick in ein akutes Stadium getreten. Sie hat tiefere Gründe, die kurz dahin zusammenzufassen sind, daß die Versprechungen, die Lloyd George während des Krieges und nach dem Kriege gemacht hat, in allen Beziehungen unerfüllt geblieben sind, und daß sich im Gegenteil innen- und außenpolitisch immer mehr Schwierigkeiten erhoben haben. Dazu macht sich auch aus persönlichen Gründen eine ständig wachsende Abneigung gegen den leitenden Staatsmann geltend. Sein diktatorisches Vorgehen, dem noch dazu die Gradlinigkeit fehlt, erregt Mißtrauen und Unzufriedenheit; das demokratische Bewußtsein des Volkes regt sich, und außerdem der Wunsch, durch die Wiederherstellung klarer Parteiverhältnisse aus einem aller englischen Tradition widersprechenden System herauszukommen.  
Die Konservativen, die im Parlament über die weitest- stärkste Fraktion verfügen, möchten die Führung nicht länger in den Händen eines Mannes sehen, den sie trotz allem für einen Liberalen halten und der wohl auch wirklich ein Liberaler geblieben ist, zum Teil vielleicht, weil ihn die Tories nicht in ihren Reihen haben wollten. Das mindeste, was sie fordern, wäre ein konservativer Parteiminister, ihr eigentliches Ziel aber ist ein rein konservatives Kabinett. Die Unabhängigen Liberalen unter Asquith und Grey bekämpfen die sogenannten Koalitionsliberalen. Sie erstreben mit der Masse der Liberalen im Lande die Rekonstruktion einer einheitlichen und selbständigen Partei, und die Labour Party fordert im Bewußtsein ihres Tag für Tag im Land zunehmenden Einflusses Neuwahlen, von denen sie sich mit Recht ein gewaltiges Anwachsen ihrer Mandate verspricht. Freunde der Aufrechterhaltung der jetzigen Koalition sind eigentlich nur die liberalen Koalitionsminister, die ihre Herrschaft entschwinden sehen, und ein paar der konservativen Regierungsmitglieder, wie vor allem Lord Chamberlain, die von dem Appell an das Volk keinen Erfolg für ihre Parteivoransichten erwarten.  
Die überwiegende Meinung geht dahin, daß die Wahlen im Dezember stattfinden werden, und zwar ohne daß Lloyd George zuvor zurücktreten und Bonar Law, Chamberlain und Balfour Platz machen würde. Nur herrscht Unklarheit über den Aufmarsch der Parteien und über den Ausgang der Schlacht, der Umstand, daß Lloyd George seine große Rede über die Politik des Kabinetts am Sonnabend in Manchester halten will (sie ist inzwischen gehalten worden. Siehe Sonntagsausgabe des „Vorwärts“, D. Red.), wird als Zeichen

## Der Kampf beim Zirkus Busch.

Ein kommunistisches Abenteuer.  
Der „Bund für Freiheit und Ordnung“ hatte für Sonntag zu einer Versammlung im Zirkus Busch eingeladen und ähnliche Organisationen wie der „Deutschpötkische Gefelligkeitsverein“ hatten zur Beteiligung aufgefordert. Es war zweifellos eine sehr üble Gesellschaft, die sich da ein Stellbischen gegeben hatte. Und so lag es im Interesse der Arbeiterklasse, die Aktion dieser Ordnungshelden, die, wie sich später herausstellte, in der Proklamierung der Kandidatur Hindenburgs zur Reichspräsidentenschaft gipfeln sollte, möglichst wirkungslos verpuffen zu lassen.  
Wenn heute der zweifelhafte „Bund für Freiheit und Ordnung“ im Mittelpunkt des Interesses steht und Berichte über seine Verammlungen um die ganze Erde zirkulieren, so verdankt er diese Reklame einer Funktionärversammlung der Kommunisten, die am letzten Freitag den aberwähnten Beschluß faßte, die Versammlung gewalttätig zu stören. Infolge dieses Beschlusses haben sich gestern in der Umgebung des Zirkus Busch blutige Kämpfe abgespielt, bei denen ein Toter und zahlreiche Verwundete auf dem Straßensplaster liegen blieben.  
Ist dieses Resultat vom menschlichen Standpunkt aus auf das tiefste zu bedauern, so ist das politische Ergebnis nicht minder beklagenswert. Wenn man auch vom Moralischen, dem leichtfertigen Spiel mit Menschenleben absehen will, so war das Verhalten der kommunistischen Drahtzieher so idiotisch, daß jeder Versuch, es zu entschuldigen, vergeblich bleiben muß. Mit plumper Feste-druck-Taktik hatte die „Rote Fahne“ den organisierten Ueberfall auf die Zirkus-Busch-Versammlung angekündigt. Durch ein lächerlich großes, pomphaft aufgelegtes Aufgebot von Sanitätern hatten die die Organisationen ihre Kampfabsticht betont. Sie legten offenbar das allergroße Gewicht darauf, vor der Öffentlichkeit als die Angreifer zu paradien, die eine gegnerische Versammlung mit Gewalt sprengen wollten. Sie haben mit ihrem ganzen Aufgebot von blöder Soldatenspielerei, mit dem Verlust von Toten und Verwundeten nicht einmal dieses Ziel erreicht. Die Versammlung hat stattgefunden, und daß sie unter solchen Umständen trotz alledem stattfinden konnte, bedeutet für ihre reaktionären Veranstalter einen förmlichen Triumph.  
Die Behörden werden auf diese Weise gezwungen, mit den reaktionären Ordnungsbrüdern sozusagen in einer Front zu kämpfen. Wahrscheinlich war der Wunsch, dieses Ergebnis zu erzielen, der einzige „politische Gedanke“, der in den Hirnen der Veranstalter dieser Prügelei gedämmert hat. Heute abend wird die „Rote Fahne“ kreischen: „Der sozialdemokratische Polizeipräsident schützt Hakentkreuzer!“ Inzwischen fordert die

reaktionäre Presse schon die Absetzung des Genossen Richter, weil die Polizei die verfassungsmäßige Versammlungsfreiheit und das Leben friedlicher Bürger nicht ausreichend geschützt habe.  
Erreicht ist nichts als eine Stärkung der Reaktion. Die Tatsache, daß der volksparteiliche Abgeordnete Geisler an der Hindenburg-Versammlung im Zirkus Busch rednerisch mitgewirkt hat, wird angesichts der blutigen Vorfälle, die dieses politische Ereignis umrahmen, wenig bemerkt werden. Der Erfolg, auf den die kommunistische Taktik offensichtlich hinarbeitet, ist die Zerstückelung der Arbeiterbewegung und die Herrschaft des Faschismus auch in Deutschland.  
Aufgabe der Sozialdemokratie wird es sein, die unheilvollen Folgen der verbrecherischen kommunistischen Taktik nach Kräften abzuwehren, sie erwartet dabei die Unterstützung aller besonnenen politisch denkenden Arbeiter. Es ist wünschenswert, daß über die Entstehung des unglücklichen Vorfalls am gestrigen Sonntag volle Aufklärung geschaffen, daß insbesondere über die Vorgänge in der letzten Funktionärversammlung der KPD. volles Licht verbreitet wird. Ist es richtig, daß der verhängnisvolle Beschluß durch Ueberwumpelung, ohne gründliche Ueberlegung, gegen den Widerstand besonnener Elemente gefaßt wurde? Auf diese Frage muß eine klare Antwort gegeben werden, um zu verhindern, daß das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung von ein paar verbrecherischen Abenteurern in der unheilvollsten Weise beeinflusst wird.  
Einzelheiten über die blutigen Vorgänge finden unsere Leser auf der dritten Seite dieses Blattes.  
**Trotz Devisenordnung: Dollar 3000!**  
Nachträglicher Sturz!  
Der Berliner Devisenmarkt zeigte bei Beginn der neuen Woche eine feste Tendenz. Die Umsätze waren allerdings verhältnismäßig gering. Der Dollar wurde gegen mittag mit 2975 gehandelt, was ungefähr der Parität des New Yorker Marktkurses vom letzten Sonnabend entspricht.  
Im weiteren Verlauf der Börse verlautete, daß die Regierung beabsichtige, die Bestimmungen der Devisenverordnung durch Verschärfungen zu ergänzen. Daraufhin stieg ein Angebot am Devisenmarkt ein, das den Dollar sehr rasch bis auf 2875 drückte. Gegen Schluß der Börse war das Geschäft am Dollarmarkt nur noch minimal. Man fürchtet vor allem eine Einschränkung in die Währungsfonten der Banken.  
Am Effektenmarkt entwickelte sich eine stürmische Housse in inländischen Industripapieren, da man annimmt, daß das Publikum seine flüssigen Gelder in verstärktem Maße dem Effektenmarkt zuführen wird.

für seinen Entschluß gedeutet, die Kampagne als Liberaler losgelöst von der Koalition zu führen, denn in Manchester stehen die beiden liberalen Gruppen in verhältnismäßig guten Beziehungen zueinander, aber die Frage bleibt noch offen, ob er an einen Liberalismus im alten Sinne denkt, oder ob er die Schaffung einer Zentrumspartei plant, die auch einen Teil der heutigen Konservativen umfassen, eine Art von Abwehrorganisation gegen die Arbeiterbewegung darstellen würde.

Das Ergebnis des Ringens ist jedenfalls gänzlich unübersehbar. Einstweilen hoffen die Konservativen die stärkste Fraktion zu werden, aber die absolute Mehrheit — über 300 Sitze — scheint ihnen selbst unerreichbar. Die Aussichten der Liberalen sind wenig günstig; die Arbeiterpartei, die heute über 70 Mandate verfügt, wird, wie gesagt, sehr gut abschneiden, die Schätzungen bewegen sich zwischen 150 und 200 Sitzen, ja es könnte sogar dahin kommen, daß sie bei der bevorstehenden Enttäuschung, die auch die nichtparlamentarischen Schichten beherrscht, die Konservativen überflügeln.

Theoretisch denkbar wäre also sowohl eine rein konservative wie eine reine Arbeiterregierung. Aber die eine wie die andere würde auf äußerst schwachen Füßen stehen, und insbesondere die Arbeiterregierung würde aus den verschiedensten Gründen mit den denkbar größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Bei dieser Lage der Dinge ist die Bildung einer neuen Koalition wahrscheinlich. Wieder sind zwei Gruppierungen möglich. Zunächst Liberale und Arbeiter. Aber die Labour Party lehnt eine Koalition im eigentlichen Sinne ab und würde höchstens bereit sein, einige Sitze im Kabinett zuverlässigen linksstehenden Bürgerlichen zu überlassen. Dafür wäre eben Voraussetzung, daß sie stark genug würde, um ihre Bedingungen diktieren zu können. Das das nicht zu erwarten ist, würde also aufs neue eine bürgerliche Koalition in Frage kommen. Das aber wäre eine unvollkommene und unbefriedigende Lösung des Problems. Der Koalitionsgedanke hat zuviel Boden verloren, und außerdem würde eine große und gut geführte Arbeiterpartei ihn immer aufs neue erschüttern können.

Man darf daher annehmen, daß die politische Krise in England mit den bevorstehenden Wahlen nicht abgeschlossen sein wird. Sie wird länger andauern, und zweifellos wird in ihrem Verlauf der Moment eintreten, in dem die Arbeiterpartei so oder so einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung des Landes auszuüben beginnt. Das wird das Gesicht Englands ändern und auf die Gestaltung der europäischen Verhältnisse seine große Wirkung ausüben. Nur müssen wir uns auch in diesem Falle vor der Illusion hüten, als ob die soziale Revolution und der Sozialismus in England vor der Tür ständen.

### Nach der Rede von Manchester.

Die Aufnahme der Rede Lord Georges in der englischen Presse, sowie alle inzwischen eingelaufenen Meldungen über die Weiterentwicklung der englischen Krise bekräftigen das Bild, das Genosse Breitscheid vor der Rede des Premierministers über die Lage in England entworfen hat.

Die Rede selbst ist zweifellos eine rhetorische Meisterleistung; sie dürfte dennoch nicht genügen, um die zahlreichen Argumente der vielen scharfsinnigen Kritiker zu widerlegen, die Lord George links und rechts von seiner in die Brüche gehenden Koalition zählt. Denn es ist ihm letzten Endes doch unmöglich, die Tatsache aus der Welt zu schaffen, daß es keine Parolen waren, die bei den Wahlwahlen im Dezember 1918 jene Koalitionsmehrheit zustande brachten, die so kläglich verlagert hat. Alle seine bisherigen Versuche, die Ergebnisse seiner eigenen Kriegsdemagogie zu korrigieren und zu mildern, scheiterten sowohl an dem Widerstand des jingoistischen Flügel der Koalition wie auch der französischen Regierung. Das gilt insbesondere für die Konferenz von Genoa, von deren Gelingen oder Scheitern das Schicksal ihres Anregers Lord George abhängig war. Diese Konferenz ist bekanntlich infolge der kombinierten und systematischen Sabotage der Norddeutschen-Leser und Poincarés gescheitert. Damit nahmen

Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit, diese spezifischen englischen Folgen von Versailles weiter ihren verhängnisvollen Lauf. Dazu kam noch, um dem Fuß den Boden auszuklagen, der völlige Fehlschlag der Lloyd Georgeschen Orientpolitik. Das alles sind Tatsachen, die ein politisch geschultes Volk sich nicht wegreden läßt, und sei es durch eine noch so geistreiche und pathetische Rhetorik.

Der stürmische Beifall, der Lord George von einem gewählten Publikum, nämlich von den Bankettagästen im Reform-Klub zu Manchester, gezollt wurde, kann darüber ebensowenig hinwegtäuschen, wie die von Reuter gemeldeten Ovationen bei seiner Wiederankunft in London. Viel bezeichnender für die wahre Beurteilung der Situation sind jedenfalls nachstehende englische Blätterstimmen:

London, 16. Oktober. (WZ.) „Daily Express“ schreibt, die Rede Lord Georges sei von internationalen Gesichtspunkten aus gesehen äußerst unglücklich. Lord George leitete die Ära des Wohlwollens mit einem Angriff auf die Türkei und einer Kritik Frankreichs ein, die Poincaré zu einer öffentlichen Antwort zwingen werde. Lord George lasse durchblicken, daß die französischen Soldaten die Engländer im Stich ließen und daß die französischen Politiker die Engländer in der Stunde der Gefahr in Tschafal verrieten.

„Times“ sagt, die Rede Lord Georges werde in weiten Kreisen jenseits der Ärmelkanäle herbeigehört. In den nächsten Tagen oder gar Stunden könne es sich entscheiden, ob eine Kabinettskrise oder eine sofortige Auflösung des Parlaments bevorstehe, und ob die konservative Partei in der Lage sein werde, als vereinigte Körperschaft in die Wahlen zu gehen oder ob sie sich spalten werde.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ bemerkt, niemals habe ein britischer Staatsmann nach einer ersten Krise eine so jämmerliche Rede gehalten. Die Rede enthalte eine Tatsache, nämlich, daß Lord George sein Amt niederlegen werde.

„Daily Chronicle“ schreibt dagegen, so bitter auch Lord George während der letzten vier Jahre verurteilt worden sei, so habe er doch noch immer einen großen persönlichen Einfluß auf die Massen des Volkes.

Garvin, der im „Observer“ das Koalitionssystem verurteilt, schreibt, Lord George würde, wenn er unabhängig hätte handeln können, eine völlige Renegation mit Russland auf der Grundlage voller politischer Anerkennung getroffen haben. Diese Renegation sei jedoch verhindert worden durch Churchill und konservative Führer. Andererseits würde ein unionistischer Premierminister an der Spitze einer unionistischen Mehrheit sich zweifellos sowohl mit der Türkei als auch mit Frankreich geeinigt haben. Diese Renegation wurde jedoch in der Hauptsache durch Lord George verhindert. Nicht eine Stelle auf der Weltkarte sei vorhanden, wo England seine Außenpolitik erfolgreich nennen könne.

Der politische Berichterstatter des „Observer“ schreibt, es sei zu erwarten, daß das Parlament unverzüglich aufgelöst werden wird und daß Anfang November Neuwahlen stattfinden. Die Ansicht sei weit verbreitet, daß Lord Georges Rede seinen Rücktritt in den nächsten Tagen andeute. Die Unionisten würden den Rücktritt lebhaft begrüßen.

Wie man sieht, ist die englische Presse, mit Ausnahme des Lord George stets ergebenen „Daily Chronicle“, mit der Rede von Manchester alles andere als zufrieden. Den französischenfreundlichen Konservativen hat er durch seine außerordentlich scharfen Vorwürfe gegen Poincaré (die allerdings zum großen Teil berechtigt sind) neue Waffen in die Hände gespielt. Die Arbeiterpartei wird sich aber durch diese Rede nicht davon abhalten lassen, Lord George für die Verträge von Versailles und Sèvres und für deren Folgen verantwortlich zu machen, und alles deutet darauf hin, daß ihr Feldzug von größtem Erfolg gekrönt sein wird.

Maßgebend für die unmittelbare weitere Entwicklung der Krise ist aber einstweilen vor allem die konservative Partei, die trotz der Rede Chamberlains entschlossen zu sein scheint, die Koalition zu kündigen und selbständig bei den Wahlen vorzugehen. „Europa Press“ zufolge haben sich bereits 200 konservative Unterhausabgeordnete in diesem Sinne festgelegt, und den „Times“ zufolge wollen mehrere Mitglieder der Regierung zurücktreten, falls beschlossen werden sollte, die Koalition fortzusetzen. Inzwischen werden an allen Ecken und Enden des Landes von den prominenten englischen Poli-

tikern Reden gehalten oder angekündigt. Hierüber meldet „Europa Press“:

London, 16. Oktober. (WZ.) Henderson, der Sekretär der Arbeiterpartei, hielt gestern in London eine Rede, in der er erklärte, daß die Arbeiterpartei auf die Wahlen vorbereitet sei. Die Koalition sei tot, sie müsse nur noch begraben werden. Die Arbeiterpartei müsse sich vorbereiten, um der politischen Lage der Zukunft, die von der gegenwärtigen vollkommen verschieden sein wird, gerecht werden zu können.

Churchill wird morgen in Bristol eine politische Rede halten. Lord Derby wird am nächsten Samstag in einer Stadt in Lancashire sprechen.

Wie man sieht, herrscht in ganz Großbritannien eine politische Hochspannung wie noch nie seit Kriegsende. Daß Neuwahlen nunmehr unmittelbar bevorstehen, kann nicht mehr bezweifelt werden, zumal ein Mitglied des Kabinetts dies mit aller Bestimmtheit (nach einem Telegramm der „Express“ Korrespondenten) bestätigt haben soll. Es fragt sich nur, unter welchen Parteikonstellationen diese Wahlen vorgenommen werden. Auch hierin ist die Lage der Labour Party, die als geschlossener Block auftreten kann, da es dort zum Glück der englischen Arbeiterbewegung eine kommunistische Partei nicht gibt, sehr vorzuziehen, während im bürgerlichen Lager bis heute noch Unklarheit darüber herrscht, ob man die Koalition aufrechterhalten oder zu der traditionellen Scheidung zwischen Liberalen und Konservativen zurückkehren soll.

### Frankreich, Deutschland und Rußland.

Paris, 15. Oktober. (WZ.) Der frühere Ministerpräsident Poincaré hielt gestern in Bordeaux eine Rede, worin er die Bildung eines Blocks der Rechten vorschlug und nach außen die Zusammenarbeit zwischen Frankreich, dem demokratischen Deutschland und Rußland als das einzige Mittel forderte, um die europäische Wirtschaft wiederherzustellen und der Welt den Frieden zu sichern.

Paris, 15. Oktober. (WZ.) Abg. Herriot, der heute vormittag in Lyon eintrifft, erklärte dem Stroßburger Korrespondenten des „Petit Parisien“: Die von England in den Meerengen besetzte Politik bedeute für Rußland die größte Bedrohung. Nachdem die Russen Kiew und Riga verloren hätten, hätten sie nur einen Zugang zum Meere, nämlich Konstantinopel. Die Freiheit der Meerengen sei also für Europa unerlässlich. Die französischen Interessen in dieser Angelegenheit seien dieselben wie die Rußlands.

### Die ersten Goldschahwechsel überreicht.

Berlin, 16. Oktober. (WZ.) Die für den 15. Oktober nach dem mit Belgien geschlossenen Abkommen fälligen Goldschahwechsel sind heute vormittag der Reparationskommission in Paris übergeben worden. Die Wechsel lauten unter Berücksichtigung der Deutschland aus anderen Leistungen zu machenden Gutschriften auf einen Gesamtbetrag von 47 445 155 Goldmark.

### Eine überflüssige Anklage.

Während man in Leipzig den Nordbuben von Rechts wegen zu Leibe ging, war auch die württembergische Justiz nicht müßig. Sie stellte gegen den „Wahren Jakob“ unter Anklage, weil er so frei sei, in einem Bild der Nr. 930 die letzten Folgerungen des Schutgesetzes der Republik für die Monarchisten der Tat drücklich darzustellen. Die Polizeibehörde, der die Nummer seinerzeit vorchriftsmäßig vorgelegt wurde, hat an dem Bild nichts Staatsgefährdendes gefunden. Nur die zaristische „Süddeutsche Zeitung“ schlug damals ihren üblichen Alarm. Und die Staatsanwaltschaft Stuttgart erklarte in dem Bild einen Verstoß gegen den bekannten § 120 des Strafgesetzbuches (Aufreizung zum Klassenhaß usw.).

In Leipzig wurden Monarchisten der Tat verurteilt, in Stuttgart schleppt man diejenigen dahin, die vor Wiederholung solcher Hejereien und politischer Morde warnen — das ist der richtige Kreislauf!

### Gotteslästerung!

Von R. Charol.

Der erste Gotteslästerungsprozeß des republikanischen Deutschlands ist zu Ende. Die Verleumdiger Gottes werden zufrieden sein. Seine Beleidigung in der Form des Buches wird restlos vernichtet. Eine eventuelle Beleidigung in Gedanken — die einzige wahre Beleidigungsform für Gott, falls Gott als der Schöpfer des Kosmos gedacht, von einem solchen Wesen wie ein Mensch überhaupt beleidigt werden kann — geht ja nicht auszumergen, denn eine Bestrafung durch hypnotischen Schlaf und eine damit verbundene Ausheilung widriger Gedanken gibt es noch nicht, und so kann nur eine Suggestion von der Unangemessenheit solcher Gedanken den Denkern durch Selbsttrafen beigebracht werden. Aber schließlich ist der Ausgang des Prozesses als Einzelfall für die Öffentlichkeit gleichgültig. Nur daß sie jetzt wohl öfters von solchen Prozessen zu hören kriegen wird. In dem Einzelfall soll alles richtig gewesen sein. Die Gestalt Jesu ist verächtlich gemacht worden, die christliche Kirche ist als eine Täuschung Pauli dargestellt worden, Maria ist beschimpft, die Gotteslästerung ist erwiesen, Einseln und der Verleger mußten bestraft werden, weil das Buch auch von unliterarischen Beuten gelesen werden konnte. . . . Hall! hier beginnt die prinzipielle Frage: Muß jemand bestraft werden, weil durch sein Werk Andersdenkende in ihren heiligsten Gefühlen verletzt werden?

Daß die Beleidigung stiller Gefühle einer Gruppe von „Andersdenkenden“ scharf bestraft wird, haben wir in letzter Zeit genügend erfahren — es sind nur Zweideutigkeiten und verdeckte Joten erlaubt —, jetzt kommt die Religiosität. Nach dem allgemeinen Gesetz für Gleichberechtigung der Minderheit müßte aber genau dasselbe wie für die katholische auch für die evangelische Kirche gelten, genau dasselbe für die verschiedenen Sekten, für die Juden, für den Mohammedanismus. Kurz, unter dem Zwang des Strafgesetzes müßte es genügen, daß eine Gruppe von Menschen sich zusammenschließt und irgend etwas als ihr Sittengesetz oder als ihr heiliges Gefühl erklärt, um es unantastbar zu machen, damit ein „geordnetes Zusammenleben des Volkes“ bestehen bleibt. Denn es können weder Gott noch die Sittlichkeit beleidigt werden; sie stehen über dem Denken und Tun des einzelnen. Beleidigt fühlt sich nur der andere Mensch in seinem ebenso oder noch kleineren engeren Denken und Empfinden. Und weil es immer engere Menschen als die Schaffenden geben wird, sind diese verurteilt, ihr Schaffen zu beengen. Ihnen werden die Fingel beschnitten, der Stoff begrenzt, freieren Menschen ein Gebiet der Literatur, ein Gebiet der Kunst, nein, nicht ein, sondern viele Gebiete entzogen — nur weil einer Gerächtete sich dadurch verletzt fühlen, wenn sie sich das Kunstwerk anschauen, das Buch lesen. Ist das nicht eine Beleidigung, eine Vergewaltigung aller freier Denker? Ist es nicht einfacher, die schwebelnden: Ein Buch, eine Ausfertigung für frei Denkende! Damit wären die anderen von vornherein gewarnt, hineinzugehen, sich an dem Buch zu vergreifen, und die Menschheit würde nicht durch sie ärmer gemacht werden. Würde ein Jettel: Nicht für Juden, weil antisemitisch! Nicht für Katholiken, weil antisemitisch! Nicht für Kläubige, weil gotteslästerlich! Nicht für Brüder, weil erottisch! Nicht die ganze anstößnehmende Klasse für immer vor dem betreffenden Wert warnen, so daß es nie in falsche Hände kommen könnte? Und

wieviel unnützlich vergeudete Leidenschaft, wieviel Entrüstung, wieviel fünfzig Arbeit würde die Beurteilung eines Buches zu einer solchen Bauchbinde, eines Gemäldes zu einem Vorhang mit solcher Aufschrift ersparen!

Große Volksoper. Die vorjährige „Fidelio“-Aufführung in der Neuen Welt war ein sehr schwacher Reizeffekt, die geistige im Wesen-Theater eine starke Tat. Durch die Zusammenarbeit des Spielleiters d'Arnals und des jungen Regisseurs Straßbach kam eine Aufführung zustande, wie sie nur an Reichenbühnen einmal aus dem Alltag in die Luft so außergewöhnlich gehoben wird. Eine sinnreiche Inszenierung schuf mit der Möglichkeit freier Bewegung auch den dramatischen Impuls, der Beethovenscher Musik immer, dem Theaterstück Treue war in seinen Höhepunkten innewohnt. Alles Schleppe wurde verworfen, durch den Einsturz eines durch Stufen mit dem Erdboden verbundenen Plateaus stellten sich die Chöre und Gruppen frei in den Raum, spielten sich Szenen verteilt auf der Bühne ab. Die Gesangenen schlichen über die Treppe zum sonnenglänzenden Arkadengarten und ähnlich wankten Rotta und Leonore vom hochgelegenen Tor in die unterirdische Zelle Florestans. Die war erschreckend düster, nur von einem bleichen Schein müde beleuchtet, der Lichtschnitt sah einer endlos ragenden Säule ähnlich, zu der quer das Lager Florestans gerichtet war. Auch im letzten Bild war wieder durch den ganzen Raum hindurch Luft und Platz geschaffen, oben für die Chöre, die durch die Diagonalen mit den Solisten eine Einheit bildeten. Das alles war die kluge Lösung eines Bühnenproblems und verhalf der Darstellung zu einer dem vorwärtsgerichteten Freiheitsdrama entsprechenden Temperatur und Beweglichkeit. Höflich dirigierte sich und die Sänger in Siedehitze hinein, die im Schlußhymnus überschwänglich wurde und bei der immer wieder eingeschalteten, an Tempoveränderungen reichen Leonore-Duettüre zu ostentativen Beifallsstundungen führte. In Fidelio ist Maria Kurb, vielleicht die eindringlichste und wärmste Leonore, die eine deutsche Bühne hat. Zu ihrer großen mühseligen Stimme war Bogelstroms angestrichelter Tenor ein merkwürdiger Kontrast, sehr durchdacht und scharf charakterisierend Gattermanns Pizarro, würdig und edel Guttmanns Minister. In Savers Rotta ist nur der bestliche Dialekt, an Eise Tuschas Marcelline das ewige Lächeln zu beanstanden. Das Orchester raffte sich aus seinen handwerklichen Anfängen sichtlich empor. Weiter! K. S.

Thomas Mann sprach von deutscher Republik. Nur weiß man, daß dieser Dichter sehr kultiviert und reizvoll spricht, und weil er sich diesmal an ein imaginäres Studententum wandte, bediente er sich als geistvoller Würze bisweilen auch jocularer Ironie. Es geht aber nicht an, aus Dankbarkeit gegen frühere Werke sich von Mann einfangen zu lassen, und wer unbedeutend diesem Vortrage folgte, der, es mag mehr denn Vortrag, auch demnach gedruckt werden soll, muß aussprechen, daß anfangs vor allem eine bedeutend große Fülle des Redeworts verlegt. Die Art, sich als „Verantwortlichen“ aufzuspielen, ist uns zu unheimlich geworden, seitdem das Wort in den Grohmündern beschränkter Generale an Wert verlor, weil Wort und Tat sich einander widersprachen. Wohl verstanden bleibt, daß Thomas Mann die Verantwortung anders — geistig — auctogte, auch meinte, die Republik habe dieses für sich,

daß ein jeder dem Staat, ein jeder ihm verantwortlich sei. Denn ist er auch konservativ, so ist er doch Republikaner, dem nichts an der sentimental-düsteren Ausschöpfung einer Vergangenheit liegt. Doch die Lösung blieb peinlich: die Republik ist unter Schicksal; Schicksal nicht einmal einer Niederlage; beschlossener Wille vielmehr; aber, seid nicht böse, Kinder, ich will sie Euch schmachtet machen (mit Schmecht sie zwar auch nicht); richtet sie auf, stellt Euch nicht abseits; ich, Thomas Mann, kein Goethe, bin zwar nicht Parliamentsmann, aber Euch für die Republik zu gewinnen, sehe ich doch nicht an, mich auf den volksparteilichen Boden der Tatlassen, ja, zu stellen. Und ist nicht Demokratie, oh, Humanität, ist nicht die Republik lebenswärtiger als das amütsante Befehle des verkommenen Herrschers? (Obwohl . . .) — Die späteren Ausführungen, in denen sich Mann mit Whitmann und Rossetti auseinandersetzte, waren, obgleich viel zu breit, klug in der Ausführung von Platen und belebten den Vortrag und schufen eine unpolitische Atmosphäre dichterischer Anteilens.

Ein revolutionärer Gedanktag. Der heutige Tag ist ein erster Gedanktag in der Geschichte der großen französischen Revolution, Marie Antoinette, die gestürzte Königin Frankreichs und Witwe Ludwigs XVI., erlitt an ihm 1793 den Tod durch Hendershand. Geborene Prinzessin von Oesterreich, hatte sie sich noch, als das Königtum auf der Höhe der absoluten Macht stand, durch ihre Vergnügungslust, die dem Lande gemaltige Summen kostete, ihre Launen, ihr willkürliches Eingreifen in die Logopolitik und ihre Ungerechtigkeiten bei Bevorzugung oder Zurücksetzung einzelner Personen sehr unbedeutend gemacht. Auch hatte ihr Ruf durch die berühmte Halsbandaffäre, freilich wohl ohne ihre Schuld, einen schweren Stoß erlitten. In den Stürmen der Revolution trat sie ganz besonders der freirechtlichen Bewegung entgegen und suchte das alte Regiment aufrechtzuerhalten. Sie zeigte dabei so viel Mut und Festigkeit, daß Mirabeau, den sie durch ihre Reize zu gewinnen suchte, sie für eine verlorene Sache kämpfte, zeigten ihr bald der Sturz des Königtums und die eigenen traurigen Erfahrungen. Als das Schreckensregiment sich der Höhe näherte, kam auch sie als „Witwe Capet“ am 15. Oktober vor das Revolutionstribunal. Anliegen verschiedener Art lagen gegen sie vor, wahre, wie die auf hochherrliche Konspiration mit dem Ausland, zweifelhafte, wie die auf Vergiftung des Schlossermeisters Germain, unwahre, wie die auf fidele Vergehungen mit dem eigenen Sohne. Gegen letzten Punkt lehnte sie sich mit gerechter Entrüstung auf und fand Beifall bei Zuhörern und Zuhörerinnen. Auch konnte sich Robespierre nicht umhin, die Gemeinheit solcher Beschuldigung zu verdammen. Mit Festigkeit, wenn auch körperlich völlig erschöpft, nahm Marie Antoinette das unvermeidliche Todesurteil hin. Schon am nächsten Vormittag wurde sie zur Guillotine geführt. R. Sch.

Der unerwähnte Druckfehlerkolob hat die Leser unseres gestrigen Sonntagblattes durch einen zeitgemäßen Scherz erfreut, indem er aus der Jurisprudenz eine „Juristische“ Kunstschau machte. Die Leistungen unserer Rechtsprege sind in letzter Zeit allerdings oft verarmt gewesen, daß sie die Ausstellung auf einer Kunstschau verdienen. Die Veranstaltung, die jetzt am Bahnhofsplatz stattfindet, hat aber damit nichts zu tun.



